

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zusatzpreis vierteljährlich 600 Mk.
Stempelnummer 60 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrages).

Verantwortlicher Schriftsteller: Frh Sommer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 18.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgefaltene Kolonelleile oder deren
Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 6417.

„Keine Lohnerhöhungen mehr“

Die kurze Zeit, die seit der Stützungsaktion der Mark ins Land gegangen ist, hat schon bewiesen, daß diese Stabilisierung außerordentlich fragwürdig ist. Von der ersten Stabilisierung haben wir erwartet, daß der deutsche Staatshaushalt in Ordnung und dadurch die Tätigkeit der Notenpresse zum Stillstand gebracht ist. Und weiterhin, daß eine ausländische Anleihe bei der Durchführung dieser Aktion hilft. Bis die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz wieder aktiv geworden wäre, hätte die ausländische Anleihe zusammen mit der inneren Sanierung der Finanzen den Wert der Mark auf dem Geldmarkt wiederherstellen sollen. Auch in diesem Falle wäre natürlich mit einer Steigerung der Inlandspreise zu rechnen gewesen; auch in diesem Falle wäre das Ende der Valutakrisis heringebrochen und auch hier hätte eine Krise einsetzen müssen, die nur durch Opfer, eiserne Disziplin und Ausnützung aller technischen Möglichkeiten überwunden werden konnte.

Von alledem kann natürlich gegenwärtig nicht die Rede sein. Die Notenpresse arbeitet unaufhörlich weiter. Durch eine Dezentralisation sind Privatdruckereien und Verlagsanstalten zur „Produktion“ von Papierscheinen mit herangezogen worden. Die Inflationsziffern erreichen astronomische Höhe. Das ist sicher kein Zeichen von Stabilisierung. Zwar hat die Reichsbank genügend Devisen und wird auch in nächster Zeit keinen Mangel haben: weil die Devisen nicht mehr von den Banken beziehen werden, müssen die Valutahamster ihre Bestände, wenigstens teilweise, verkaufen; die Goldanleihe wird der Reichsbank ausländische Zahlungsmittel verschaffen und die Gefahr besteht nur, daß beim Zurückkaufen der Devisen nicht genügend Schwierigkeiten überwinden werden können.

Diese Ausführungen sollen nicht die Stützungsaktion herabsetzen, vielmehr soll mit allem Nachdruck betont werden, daß ein vorübergehendes Aufhalten der Lesierung, die ohne die Stützungsaktion in einem noch schnelleren Tempo heringebrochen wäre, und die Erschwerung des Valutahamsters für die wirtschaftliche Entwicklung segensreich sind. Aber es muß klar erkannt werden, daß damit noch nicht das Problem des deutschen Finanzelends gelöst worden ist, denn die geldtechnischen Maßnahmen der Reichsbank haben noch nichts mit wirtschaftspolitischer Gesundung zu tun.

Das ganze Problem wird aber dadurch schwieriger, daß die Reichsregierung diese Unterstützungsmaßnahme an sich schon als ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm auffaßt. Man hat in der letzten Zeit die Frage in direkte Beziehungen zum Lohnproblem gebracht. Eine Rede des Reichswirtschaftsministers, in der ganz allgemein weitere Lohnerhöhungen für unmöglich erklärt wurden, ist wohl mißverstanden worden, denn eine halbamtliche Kulassung hat die Stellung der Arbeiter an dieser Frage geklärt. Nachdem darauf hingewiesen, daß die befürchtete Brotpreiserhöhung nicht eintrat, von einer weiteren Erhöhung der Frachtarife Abstand genommen wurde, eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht erfolgt, eine Senkung der Baustoffe durchgeführt werden soll, fährt diese Auslassung fort:

Unter diesen Umständen ist zu hoffen, daß der mit der Festsetzung der Mark eingetretene Preisrückgang der Einfuhrwaren nach und nach auch zur Auswirkung auf dem Warenmarkt im übrigen gelangt. Soll dieses Ziel erreicht und festgehalten werden, dann ist es freilich auch dringend nötig, daß die Preisbewegung nicht durch Lohnerhöhungen neuerlich in Bewegung gesetzt wird. Erfreulicherweise wächst die Erkenntnis, daß höhere Löhne in Papier nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge haben, wohl aber immer die Warenpreise weiter steigern. Mögen alle an der Regelung der Lohnerhöhungen Beteiligten darauf die richtigen Lehren ziehen!

Es ist notwendig, Fortwachen zu vermeiden. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im „Durchschnitt“ des Monats Februar gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 136 v. H. Eine ähnliche Steigerung der Löhne im Monat Februar ist kaum irgendetwas erfolgt. Neben den Großhandelsindexziffern, die von den verschiedenen Stellen aufgestellt worden sind, ist bei der für den Anfang März errechneten Großhandelsindexziffer der Frankfurter Zeitung diesmal besonders eine Berechnung für je 10 Lebensmittel im Groß- und Kleinhandel erwähnenswert. Die Kleinhandelspreise sind nämlich gegenüber dem Vormonat um 14,4 v. H. gestiegen, obwohl bekanntlich in den ersten Tagen des Februar die Wendung in der Valutaentwicklung eintrat.

Andere Anzeichen künden ebenfalls. Neben der Festsetzung einer wesentlichen Preiserhöhung für das fünfte und sechste Getreide ist die in Aussicht stehende Wiedereinführung der freien Zuckerverwirtschaftung im gegenwärtigen Augenblick eine Herausforderung. Man glaubt, auf eine Kohlenpreiserhöhung verzichten zu

können. Wenn sich aber die Dinge auf dem Holzmarkt so weiter entwickeln, wird man schon im Hinblick auf die Bedeutung des Grubenholzes für den Kohlenpreis an einer Kohlenpreiserhöhung nicht vorbeikommen. Noch in den letzten Tagen sind trotz einer Verbilligung des Dollars um über 50 v. H. im Holzhandel Preistreiberien vorgekommen, die nie dagewesen sind. Im gegenwärtigen Augenblick, wo alles darauf ankommt, gerade für die entscheidenden Rohstoffe Preisermäßigungen vorzunehmen, spielen sich Interessenkämpfe ab und der Eroberungsdrang der deutschen Konzernbesitzer treibt die Preise in die Höhe. Wir fragen deshalb im Anschluß an diese amtliche Auslassung: Wo bleibt die deutsche Regierung im Kampfe gegen die Allmacht der Preisdiktatoren?

In diesem Zusammenhang darf vielleicht darauf aufmerksam gemacht werden, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Regierung mit ganz anderen Grundsätzen der Kalkulation und Preisfestsetzung für Kohlen, Eisen, Holz usw. vorgehen muß. Im Kohlen-, Eisen- und Holzpreis liegen immer noch Preisvorteile für die...gen Großunternehmungen, die über ihren horizontalen Besitz hinaus vertikal organisiert sind. Gerade bei der Bedeutung des Kohlenpreises für die ganze Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft und bei seinem Einfluß auf den Eisenpreis muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Grubenholzpreise die Kohlenpreise mit bestimmen. Die großen Konzernbesitzer verdienen am Grubenholz und bekommen außerdem den Kohlenpreis im Eisenpreis erfasst, während sie selbst die Kohle unmittelbar aus ihren eigenen Zechen beziehen. Das ist gewiß nur ein Beispiel aus dem Zusammenhang der Preistreiberie. Aber es ist als Anzeichen dafür bedeutsam, daß noch in keiner Weise der Versuch gemacht wird, der katastrophalen Entwicklung zu steuern. Holz aus Holland ist billiger als deutsches Holz. Beim gegenwärtigen Stand des englischen Pfundes können wir wohlfeil englische Kohle kaufen. Es ist höchste Zeit, nach dem Nachden zu sehen.

Was den Appell an die Arbeiterschaft betrifft: Nie ist die Papiermarksumme mit Kaufkraft verwechselt worden. Die Arbeiterschaft weiß genau, und es bedarf des Hinweises in der Rundgebung der Reichsregierung nicht, daß die Real-löhne verfallen sind und die Kaufkraft ständig abbröckelt. Die Arbeiter wissen auch, daß die deutsche Arbeitskraft dauernd unter dem Lebensmindestmaß bezahlt wurde. Die deutsche Arbeiterschaft hat nicht die geringste Schuld am Verfall der deutschen Währung. Durch ihre Vertreter in Partei und Gewerkschaft hat sie nun seit Jahren die Gesundungsmaßnahmen befürwortet, die jetzt von der Reichsregierung zwar nur teilweise durchgeführt werden und bisher von den jetzt amtlichen Kreisen bekämpft wurden.

Es muß gegen den Versuch protestiert werden, die Arbeiterschaft für künftige Preiserhöhungen oder notwendig werdende Lohnerhöhungen verantwortlich zu machen. Große Arbeitergruppen konnten bisher ihre Lohnbezüge nur einem Dollarstand von 10 000 anpassen, während bei einem gegenwärtigen Stand des Dollars von 20 000 die Preise immer noch einem Devisenstand von 30 000 bis 40 000 entsprechen. So ist die Lage.

Erfreulich an der oben erwähnten Auslassung ist die Versicherung, daß die Reichsregierung dort, wo sie selbst preisbildend wirkt, keine Erhöhungen vornehme. Aber die Entscheidung über die allgemeine Preisgestaltung liegt in den Händen der Kartelle und Syndikate, und darüber hinaus wiederum in der Macht der Beherrscher dieser Gebilde.

Die Arbeiterschaft hat in der Zeit der Geldentwertung und der sprunghaften Markverschlechterung nur Nachteile gehabt. Sie begrüßt die Stabilisierung und unterstützt sie mit allen Mitteln. Sie hat auch ein williges Ohr für die Forderung, daß beim Eintritt einer Stabilisierung jede Lohnerhöhung zu unterbleiben hat, weil sie wieder neue Teuerungswellen auslöst. Zunächst hat sich die Stabilisierung beinahe ausschließlich ausgewirkt in einem Steigen des Marktwertes. Die Arbeiterschaft aber muß fordern, daß die nun seit geraumer Zeit vorgeschlagenen Maßnahmen des wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates durchgeführt werden. Denn der Kampf gegen die Geldentwertung kann nicht durchgeführt werden allein durch die bisherige Praxis der Stützungsaktion, sondern es ist notwendig, mit Beschleunigung die anderen damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen zu ergreifen. Ist diese Stabilisierung in Sicht, werden sich die Preise dem Stande der Mark anpassen und den notwendigen Produktionskosten entsprechen, dann wird über die Frage: „Keine Lohnerhöhungen mehr!“ zu reden sein.“

Gebt für die Ruhrkämpfer!

Von den Vorständen des A.D.G. und der Ufa geht uns ein an die deutschen Arbeiter und Angestellten gerichteter Aufruf zu dessen Inhaltstern hier folgt:

Im Ruhrgebiet häufen sich die Greuel. Gewalttat auf Gewalttat folgt gegen die schuldlose Bevölkerung.

So verwerflich das Vorgehen der Franzosen und Belgier ist, so müßerhaft ist das Verhalten der Arbeitnehmerschaft des Ruhrgebietes. Versprechungen und Schmeicheleien haben sie ebenso wenig davon abbringen können, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke zu tun, wie die dann folgenden Drangale, Verfolgungen und jetzt sogar die Lebensbedrohungen. Den wackeren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aber mit Worten allein ist ihnen nicht gebietet. Sie bedürfen auch der materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angestellten, ihre Brüder in den besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das beschämendste Schauspiel, das der Welt geboten werden könnte, wenn die deutschen Ruhrkämpfer sich dem Joch der französischen Unterdrücker beugen müßten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angestellten, für die sie doch mitkämpften, im Stich gelassen wurden. So darf es nicht kommen!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wenden sich deshalb hiermit erneut an die Arbeiter und Angestellten Deutschlands mit dem dringenden Ersuchen, in ihrem Sammelheft nicht zu erlahmen.

Auch wer bei der Meinung verharren will, daß die Bundesbeschlüsse in diesem Falle falsch waren, muß jetzt seine Bedenken zurückstellen. Er muß es aus Liebe zu den todliebenden Arbeitsbrüdern an der Ruhr, am Rhein und in allen anderen besetzten Gebieten. Er muß es aus Achtung vor der stets hochgehaltenen Arbeiterdemokratie, aus Achtung vor der heute mehr als je notwendigen Eignigkeit und Disziplin in unseren Gewerkschaften.

Kein Arbeiter, kein Angestellter, aber auch kein Arbeitgeber darf sich dieser von Ihren Verbänden beschlossenen Beitragserhebung entziehen.

In Befräftigung dieses Aufrufes möchte die Schriftleitung besonders unsere Verbandskollegen bitten, die Mahnung der beiden gewerkschaftlichen Zentralleitungen zu beherzigen und im Sammelheft nicht zu erlahmen. Aber die Art der Sammlung für die Ruhrhilfe sind von zahlreichen Verbandskollegen ernste Bedenken geltend gemacht worden. Diesen Bedenken hat unser Erweiterter Beirat durch seinen Beschluß (siehe Nr. 7 der Metallarbeiter-Ztg.) die Berechtigung genommen und so das Gemis beiseite, welches das volle Gelingen der Sammlung hätte beeinträchtigen können. Der Beschluß des Beirates wurde von der Überzeugung der unbedingten Notwendigkeit, die Ruhrkämpfer geziemend zu unterstützen, bestimmt und von dem Wunsch, die Gebetsüblichkeit möglichst zu steigern. Dies glaubte der Beirat den Kameraden an der Ruhr wie den andern schuldig zu sein.

Durch den Beschluß unseres Erweiterten Beirates ist, wie gesagt, jenen Bedenken der Boden entzogen. Er bietet die Möglichkeit, etwaigen Einwänden gegen die Sammlung wirksam zu begegnen. Dies sollte besonders und nachdrücklich dort geschehen, wo versucht wird, die Hilfsaktion für die Ruhrkämpfer zu einer Hilfsaktion für eine gewisse Parteiklasse oder für ähnliche Sonderzwecke zu nutzen. Wer für solche Sonderzwecke Geld gibt, hat keinerlei Kontrolle über die Verwendung. Jede Spende ist an die zuständigen Gewerkschaftsstellen abzuliefern, da nur diese allein Gewähr dafür bieten, daß die Gelder auch wirklich den schwer ringenden und schwer leidenden Kameraden zugute kommen.

Es kann und darf sich niemand im unklaren sein, daß an der Ruhr um das Wohl und Wehe des gesamten arbeitenden Volkes Deutschlands gerungen wird. Geht der blutige Streit zu unseren Ungunsten aus, dann haben wir uns darauf gefaßt zu machen, daß unsere Freiheit, unsere Rechte, unser Lohn, unsere Brotbissen vom französischen Säbel zugeschnitten werden. Und in Europa wird die Unrast, die Furcht, der Haß, der Krieg kein Ende nehmen. So geht denn der geschichtliche Kampf um Ziele, die weit über die deutsche Grenze hinausreichen.

Der Friede Europas hängt, wie ein englisches Blatt treffend sagte, von der Widerstandskraft der Ruhrarbeiterschaft ab. Einen namhaften Teil von dieser bilden Mitglieder unseres Verbandes. Ihr Kampf ist unser Kampf, ihr Leid unser Leid. Wenn sie unterliegen sollte, hat die gesamte friedliebende Arbeiterschaft einen geschichtlich bedeutungsvollen Waffengang gegen den Militarismus verloren. Das können wir nicht wollen, das dürfen wir nicht wollen. Darum hat jeder Metallarbeiter und jede Metallarbeiterin reichlich für die Ruhrkämpfer zu geben. Darum ist jeder Unerschütterliche, jeder Säumige, jeder Geizige eindringlich zu befehlen, daß auch er die Tasche weit zu öffnen hat für die große gemeinsame Sache.

Dr. C.

Die Arbeit als ein feilscher Vorgang

Jeder, der schon einmal gearbeitet hat, weiß aus eigener Erfahrung, daß er unter Umständen in einer langen Arbeitszeit sehr wenig und in einer kurzen Arbeitszeit sehr viel zu leisten vermag. Diese allgemein bekannte Tatsache erklärt sich ganz einfach daraus, daß das Arbeiten kein rein mechanischer, sondern ein physiologischer und psychologischer Vorgang ist, bei dem die menschliche Persönlichkeit mitbestimmend wirkt. Eine Maschine ist ein lebloser Mechanismus, sie arbeitet mechanisch und bleibt solange im Gange, wie sie Kohle und Schmieröl bekommt und keinen Schaden nimmt. Dann wird sie auseinandergenommen, repariert, wieder zusammengefügt und wieder in Gang gebracht. Ein Mensch ist ein lebensvoller Organismus, er arbeitet nicht mechanisch, vielmehr spielt bei ihm sein Geist, seine Seele, sein Wille neben seiner körperlichen Verfassung eine ausschlaggebende Rolle. Es kommt bei seiner Tätigkeit wesentlich darauf an, wie er sich körperlich und geistig befindet, in welcher feilschen Stimmung er arbeitet, ob er Lust und Liebe zur Arbeit hat, ob er willig oder widerwillig sein Werk verrichtet, ob er sich im Betriebe wohlfühlt, ob er seine Arbeit versteht usw. Körperliche, geistige und feilsche Bedingungen sind es also, die seine Arbeit und damit auch seine Arbeitsleistung beeinflussen.

Der größte Fehler der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist der, daß das Kapital das Arbeiten mechanistisch auffaßt, daß es in dem Arbeiter eine Maschine oder vielmehr das Teilstück einer Maschine erblickt, daß es die Persönlichkeit des Arbeiters unberücksichtigt läßt. Aus dieser fehlerhaften mechanistischen Auffassung entspringt die Meinung, daß man durch eine Verlängerung des Arbeitstages eine Steigerung der Arbeitsleistungen erzielen könne. Daß diese Auffassung falsch ist, hat die praktische Erfahrung hundertfach bewiesen. Dieser Beweis wird wiederum erbracht werden, wenn es den Kapitalisten gelingen sollte, den Achtstundentag ins alte Eisen zu werfen.

Bei der Frage, wie gearbeitet und was durch die Arbeit geleistet wird, kommt es — abgesehen von einer rein mechanischen Tätigkeit — im wesentlichen darauf an, wie sich der Mensch zur Arbeit einstellt.

Die innere Anteilnahme an einer Beschäftigung setzt den Willen in Bewegung, steigert die Arbeitslust und den Arbeits-eifer, erzielt zum gewissenhaften, sparsamen Arbeiten und zeitigt infolgedessen höhere Leistungen. Sie gewährt auch innere Befriedigung und macht die schwerste Arbeit zu einer Lust. Dieses Interesse an der Arbeit beruht auf verschiedenen Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß man Reizung und Lust zu der betreffenden Arbeit haben muß und daß man sie gründlich versteht, weshalb die Berufswahl und die Berufsfindung eine so wichtige Rolle spielt. Im übrigen sind hier vier Punkte von Bedeutung.

In erster Linie handelt es sich um die Frage, wem die Früchte der Arbeit zugute kommen. Es macht zweifellos einen großen Unterschied, ob man die Früchte seiner Arbeit selbst erntet oder ob andere Leute sie pflücken. Wer in seinem eigenen Garten oder auf seinem eigenen Stück Land arbeitet und die Früchte seinem eigenen Haushalt zuführt, der wird sich ganz von selbst mehr Mühe geben und besser arbeiten, als wenn er für andere Menschen tätig sein muß. Das ist das natürlichste Ding von der Welt. Nun liegt es in der kapitalistischen Wirtschaft so, daß das Kapital den Reiz von der Milch abklopft und die Arbeit mit der Ragermilch abweist. Hierin ist die eigentliche Quelle jener Arbeitsunlust zu suchen.

Jeder von uns hat wohl schon die Ausrufung gehört: „Was habe ich davon, wenn die Dividenden unserer Aktionäre in die Höhe gehen, warum soll ich mir ein Bein amstreifen, damit die Herren Kapitalisten die schweren Gewinne in die Tasche stecken?“ Ein solcher Standpunkt ist wirtschaftlich allerdings nicht zu billigen, menschlich aber sehr wohl zu verstehen. Wenn man diese Stimmungsmomente in Betracht zieht, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Sozialisierung unserer Wirtschaftslerns schon in dieser Beziehung eine Steigerung der Arbeitslust und damit der Arbeitsleistungen nach sich ziehen wird. Wenn die Proletariermassen die Überzeugung haben können, daß sie nicht mehr für den Wohlstand der Kapitalisten arbeiten, sondern für sich, für ihre Familie, für die Allgemeinheit, so werden sie mit ganz anderer Lust und Liebe ihre Pflicht tun, als wenn sie wissen, daß sie ihren Ausbeutern die Taschen füllen.

Auch die Frage, wie die Arbeit entlohnt wird, spielt eine wichtige Rolle. Zweifellos wird ein Mensch, der einen ausreichenden Lohn bezieht, viel mehr seine Schweißigkeit tun, als wenn er sich bei lauem Lohne erbärmlich durchs Leben schlagen muß. Woher soll die Arbeitslust kommen, wenn ein Proletarier sehen muß, wie alle jene Leute, die wenig oder gar nicht arbeiten, im Reichtum und im Überflusse schwelgen, während er selbst mit seiner Familie notleidet? Und so verhält es sich heute. Trotz der scheinbar hohen Löhne ist ein proletarisches Familienbudget nicht imstande, sich und seine Familie anständig zu ernähren. Unter solchen Umständen kann er beim besten Willen nicht mit Lust und Liebe seine Arbeit verrichten. Überall erntet das Geschick von den „anderwärts, hohen Arbeitslöhnen“ — von den Riesengewinnen der Kapitalisten — kein Wort getradet —, und wenn die Arbeiter wegen der fortwährenden Preissteigerungen eine Lohnverhöhung fordern, so können sie auf den Widerstand der Unternehmer und müssen ihnen jede Kraft abspargen.

Daß eine derartige Furchthaltung des Unternehmertums jeglicher Lohnverhöhung gegenüber dieses Art erzeugen wird, läßt sich denken, und es wäre wirklich viel gefährlicher, wenn in den maßgebenden Kreisen endlich einmal die Erkenntnis durchdränge, daß der Grund für diesen Zustand nicht in den wirtschaftlichen Dingen liegt.

Drittens kommt es darauf an, welche Rechte die Arbeit hat, ob sie dem Kapital als gleichberechtigter Partner gegenübersteht oder ob sie als rechtloser Parasit betrachtet und behandelt wird. Der moderne Proletarier ist bei früheren Entrechtungen und Unterdrückungen überdrüssig; er verlangt sein Recht als Mensch und Staatsbürger und Arbeiter, er fordert das Rückkehrrecht in Staat und Gemeinde und auch im Wirtschaftlichen den gleichen Rechtsschutz, den dieses Recht gewährt worden, aber in Wirklichkeit fehlt die Gleichberechtigung vielfach noch auf dem Papier. Jedesmal wenn ein „gewöhnlicher Arbeiter“, der es an „Mächtigen“ mit jedem Bürgerlichen oder Adeligen aufnehmen, im Staat oder Gemeindefeld eine leitende Stellung bekommt, erzieht sich in den Kreisen der „nach Bildung und Reiz maßgebenden Schichten“ ein lautes Enttäuschungsgeräusch. Es wird geschimpft über die „Proleten und

Parteiherren, die sich an die Futtertrappe herandrängen.“ Die früheren Nachhaber leben noch immer in dem Banne, daß sie die einträglichsten Stellen in Erbpacht genommen hätten und daß ein jeder von ihren Leuten ohne weiteres für eine jede Stelle geeignet sei, auch wenn er in den Kreisen seiner Bekannten als Nichtstuner gilt.

Und wie es mit der Gleichberechtigung in den Arbeitsbetrieben praktisch bestellt ist, weiß jedermann. Die Unternehmer und Betriebsleiter haben versucht wenig Lust, ihre Arbeiter und Angestellten auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln. So etwas läßt sich wohl ein stumpfsinniger Arbeiter-Masse gefallen, aber ein klasser- und selbstbewußter Proletarier empfindet sich innerlich dagegen. Er arbeitet mit Widerwillen in einem Betriebe, in dem man ihm das Mitbestimmungsrecht, das ihm gesetzlich gewährleistet ist, tatsächlich verweigert.

Endlich viertens spielt die Frage eine Rolle, wie die Arbeit sozial gewertet wird, welches Ansehen der Arbeiter in der Gesellschaft genießt. Auch hier liegt die Sache so, daß in der Theorie die Arbeit eine Ehre ist und eine Würde verleiht, daß man aber in der Praxis nicht viel davon merkt. In den Augen der Besitzenden und Bevorzugten gilt der schlichte Mann im Arbeitsittel noch immer als ein Mensch zweiter Klasse. Auch zahlreiche Vorgesetzte blicken noch mit Verachtung auf ihre Untergebenen herab. Es ist ja eine Schande, daß auch heute noch alle jene Leute, die auf der sozialen Leiter ein paar Stufen höher stehen, sich für berechtigt halten, den etwas niedriger Stehenden auf den Kopf zu spucken. Diese Mißachtung empfindet ein Arbeiter, der Selbstbewußtsein in sich trägt, als eine Zurücksetzung und er empört sich innerlich darüber. Er sagt sich mit Recht, daß er solange keine Veranlassung hat, sich noch mehr anzustrengen, als man ihm nicht die Achtung angedeihen läßt, auf die er Anspruch hat und die seiner Bedeutung in der Gesellschaft entspricht.

Der Fehler der Gegner des Achtstundentags liegt darin, daß sie weder die physiologischen noch die psychologischen Momente des Arbeitens berücksichtigen und daß sie infolgedessen glauben, sie könnten ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit und die Stimmung der Proletarier durch eine zwangsmäßige Verlängerung der Arbeitszeit die wirtschaftlichen Leistungen steigern. Sie werden zu ihrem eigenen Schaden einsehen, daß sie sich darin irren. Viel besser und richtiger täten sie, das Proletariat materiell, rechtlich und sozial so zu behandeln, daß es mehr Lust und Liebe zur Arbeit bekommt.



1848—1923

Die Revolution

Und ob ihr sie, ein edel Wild, mit euren Henkersknechten singt, und ob ihr unterm Festungswall standrechtlich die Gekerkten singt; und ob sie längel der Fingel deckt, auf dessen Grün uns Morgenrot die junge Bäurin Kränze legt — doch sag' ich euch: sie ist nicht toll!

Und ob ihr von der hohen Stirn das web'nde Lockenhaar ihr schort; und ob ihr zu Genossen ihr den Mörder und den Dieb erkort; und ob sie Zuchtauskleider trägt, im Schoß den Napf voll Erbendrei; und ob sie Werg und Wolle spinnst — doch sag' ich kühn euch: sie ist frei!

Und ob ihr ins Exil sie jagt, von Lande sie zu Lande wehrt; und ob sie fremde Herde sucht, und Humm sich in die Ahr lehrt; und ob sie wunde Söldner laucht in lerner Wasserströme Laut — doch ihre Harle stummerecht an Babes Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin; sie schüttelt sie trotz, auch zum Trost! sie spottet lachend des Exils, wie sie gelipert aus Schafstalt! sie singt ein Lied, daß ihr einsetzt von euren Seffeln auch erhebt; daß euch das Herz — das teige Herz, das talliche Herz im Leibe bebt!

Kein Klagefiel! Kein Otknecht! Kein Lied um jeden, der schon frei; noch minder gar ein Lied des Hohms auf das verworfne Zwischenspiel, die Bettleroper, die zuzert ihr plump noch zu agieren wagt, wie mottig euer Hermetia, wie laut auch euer Purpur ist?

Drum weh' ich kein, und wiederum voraus den USikern weh' ich gehn! Ruf euren Rachen, euren Haupt, auf euren Kronen weh' ich gehn! 's ist der Gerknecht eures Muth! Es ist kein Röhmen, ist kein Drohn — der Tag wird weh' — wie wehst du kühl, o Wendenlaub von Babylon!

„Koalitionsfreiheit“ im Ruhrgebiet

Die Zentralleitungen sämtlicher deutschen Gewerkschafts-, An-gestellten- und Beamtenverbände erteilen folgenden Aufruf:
Die Besatzungsbehörde fordert alle Gewerkschaften und Vereine an, ihrer Zweckziele und Statuten sowie die Namen der Vorstandsmitglieder usw. einzureichen. Die Verordnung der Besatzungsbehörde gibt den funktionsierenden Gewerkschaften das Recht, jeden Verein aufzulösen, der den Vorschriften nicht entspricht oder zuwiderhandelt; desgleichen kann er die Auflösung jedes Vereins befehlen, dessen Tätigkeit ihm die Sicherheit der Truppen oder die öffentliche Ordnung gefährdend erscheinen könnte.

Demgegenüber weisen die Organisationen darauf hin, daß für die deutschen Organisationen und Vereine nur die deutschen Gesetze gelten. Diese aber sehen solche Bestimmungen nicht vor. Das Verlangen der Besatzungsbehörden ist also ungesetzlich und muß freitlich abgelehnt werden. Wir fordern alle in Frage kommenden Funktionäre auf, den unberechtigten Anforderungen der Besatzungsbehörden keine Folge zu leisten.

Die kapitalistische Internationale

Die sozialistische freie Presse in Straßburg schreibt zu der Meldung, daß die Herren Coite, Aron, Franzen, Daume und Langogne mit der Durchführung der Ingenieurmission an der Ruhr beauftragt wurden, es sei nicht ohne Interesse, die Bekanntschaften dieser Herren und ihre Beschäftigung zu wissen.

Mr. Coite war Direktor der Bergwerke von Blanc, M. Aron der Gürtel- und Stahlwerke des Nordens und Ostens, M. Lamine Direktor der Hütten und Stahlwerke der Marine und Homecourt, M. Langogne ist Aufsichtsrat der Internationalen Kohlengesellschaft, Administrator der Gesellschaft Rhein und Rhone, der Kohlengesellschaft vom Rhein.

Im Verwaltungsrat dieser Gesellschaft befinden sich folgende Herren: Surau Stinnes aus Walleim, Leo Stinnes aus Mannheim, Karl Zahn aus Mannheim, Hans Glenn aus Mannheim-Waldhof usw. M. Langogne ist auch Administrator der Gesellschaft Rhein und Saar, in deren Verwaltungsrat er folgenden Herren begegnet: Karl Zahn aus Mannheim, Eduard Barodjajew aus München, M. Franz Dausen aus Frankfurt usw.

Die deutsche Schwerindustrie im französischen Selbstbuch

In dem Selbstbuch, das jüngst die französische Regierung über die Ruhraktion veröffentlicht hat, befindet sich, laut Wolff-Bericht, merkwürdige Angaben über die Politik der deutschen Schwerindustrie. Es heißt da, der deutsche Vorkämpfer Dr. Winter habe Angebote über weitgehende Kohlenlieferungen an Frankreich gemacht. Darauf habe sich auch das geplante und immer wieder erörterte deutsch-französische Wirtschaftsabkommen bezogen. Dann heißt es weiter:

Das Selbstbuch schreibt, es sei ganz klar, daß die deutschen Industrien, welche die wahre deutsche Regierung seien, in nähere Beziehungen zu Frankreich treten müßten, um ein großes französisches Wirtschaftsabkommen abzuschließen. Die französischen Industrien, die ihrerseits nicht die französische Regierung darstellen, sondern ihrem Lande gegenüber loyal seien, sollten Voltaire von den ihnen gemachten Eröffnungen in Kenntnis setzen. Dieser forderte sie dann auf, nicht zu verhandeln, und legte ihnen dar, daß es sich hier um ein einfaches Mandat der deutschen Regierung handle.

Natürlich ist die Behauptung, daß die hier in Frage kommenden französischen Industrien, also die großmächtigen Herren des Comité des Forges, nicht die französische Regierung darstellen, eine niedliche Heuchelei; berechnete für die französische Galerie. Der Grund des Scheiterns des Abkommens war gewiß nicht Voltaire, sondern die Unmöglichkeit der Verständigung über die Größe des Anteils einer jeden der beiden Gruppen. Im übrigen sagt uns das Selbstbuch über die deutsche Schwerindustrie nichts Neues.

Bürgerlicher Velmennertum

In Bonn wurden von der Besatzungsarmee der Vorstände der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, der Lokomotivführer Emil Wegmann und ihr Schriftführer Runge festgenommen. Die Bonner bürgerliche Presse (das sozialdemokratische Rheinische Volk ist für drei Monate verboten) hat es abgelehnt, diese Mitteilung ihren Lesern bekanntzugeben, weil ihr dadurch Schwirrigkeiten mit den Besatzungsgruppen erwachsen könnten. Tapferkeit vor dem Feind ist zwar nie eine hervorragende Eigenschaft des Bonner Generalanzeigers und der Deutschen Reichszeitung gewesen, trotzdem hatte man aber in dem vorliegenden Falle von ihnen Velmennertum erwarten dürfen. Wenn wieder einmal normale Verhältnisse herrschen, werden die gleichen Journallisten, die jetzt kein besonders rühmliches Beispiel deutschen Velmennertums geben, wieder die ersten sein, die über die angeblich antikommunistische Sozialdemokratie nicht genug Worte der Entrüstung finden können. In diesem Zusammenhang sei übrigens noch mitgeteilt, daß das Bonner Zentrumblatt, die Deutsche Reichszeitung, sich sogar dazu herbeigelassen hat, den amtlichen französischen Fahrplan der Eisenbahn in seinen Spalten zu veröffentlichen. Mul sei get auch der Mameind — Segorlam ist des Christen Schind!

Die Zensur in der Tschchoslowakei

Nach dem im Dezember v. J. stattgefundenen internationalen Friedenskongreß im Haag waren Berichte über ihn in allen Gewerkschaftsblättern und sozialistischen Zeitungen erschienen. Nun hat die tschchoslowakische Rundschau, das Mitteilungsblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschchoslowakei, einen Bericht des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht, von dem zwei Stellen dem Zensur zum Opfer gefallen sind. Es wurde der Beschluß des 2. internationalen Gewerkschaftskongresses zu Rom im April 1922 konstatiert, der lautet: „Der internationale Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen Mitteln entgegenzutreten und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch Proklamierung des Generalstreiks zusammenzubrechen zu lassen.“ Weiter wurde konstatiert: „Ein Teil seiner (Macconns) Ausführungen war dann der Anwendung von Generalstreik und Boykott im Kriegsjahre gewidmet.“

Die Regierung scheint also mit der vom internationalen Gewerkschaftsbund geleiteten Friedensbewegung nicht nur nicht einverstanden zu sein, sondern scheint trotz aller Friedensbetreibungen an das Kriegsjahre zu denken.

Sowjetrussische Gewerkschaftsdisziplin

Der Vorstand des russischen Gewerkschaftsbundes hat laut Bremer Volkszeitung vom 6. März im Februar 1922 folgende Richtlinien aufgestellt:

Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einfordern... man muß auf Disziplin achten...

Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestreben, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedsspruch möglichst schnell zu erledigen und sich zu erheben, ohne es auf einen Streit ankommen zu lassen.

Soweit wie diese Richtlinien des russischen Gewerkschaftsbundes in dem letzten Satz gehen, wird ein Gewerkschaftler, der alle Gelegenheiten zur Lösung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auszunutzen hat, nicht gehen dürfen. Die andere Seite, die Verbannung von wilden Streiks, strenge Disziplin und Leitung des Lohnkampfes durch die Gewerkschaften verlangen, sind zu begrüßen, obwohl sie nur Selbstverständlichkeiten ausdrücken, gegen die nur gewerkschaftliche Lehrlinge oder Schädiger der Arbeiterklasse verstoßen.

Noch eine Berichtigung vom ADB

Vom Vorstand des ADB erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte, sie zu veröffentlichen:

Die Metallarbeiter-Zeitung bemerkt zu unserer Darstellung in Nr. 8 a. z.: „Das tiefste Nichtstun an der organisierten Arbeiter gegen das Unternehmertum beruht auf einer so vielfältigen, bitteren Erfahrung, daß es sich durch Gründe, auch wenn sie noch gewichtigere wären, als die angeführten, nicht auszuweisen läßt.“ Wir legen entschieden Wert darauf, ein gegen die Unterstellung, daß wir dieses berichtigte Verhalten auszuweisen wollten. Wenn unsere Handlungen den Mitgliedern des ADB in diesem Sinne dargestellt werden, dann wundert es uns nicht, daß ihre Kritik mit druckfähigen Worten nicht wiedergegeben ist. Solche Kritik haben aber nicht wir verschuldet, was die Verf. der R. Z. gewiß erkennen würden, wenn sie die der Redaktion bekannten Gründe für die Beschließung des Bundesauschusses in der Metallarbeiter-Zeitung lesen könnten.“

Nachbemerkung der Schriftleitung. Wir geben der Zuschrift — die schon im Korrespondenzblatt zu lesen war, bevor wir sie in den Händen hatten — Raum, obwohl wir nicht zu erwidern vermögen, was sie eigentlich berichtigend soll. Was dem aus unserer R. Z. zitierten Satz: „Das tiefste Nichtstun...“ kann, wie uns bedünken will, bei einiger Veranschaulichung nicht das herausgelesen werden, was gegen man eine entsprechende Veranschaulichung einlegt. Nun noch ein. Wir fügen weder Kränze noch Strafen, die Kränze, deren Bedeutung nicht näher dem Bundesverband und uns größer machen zu lassen, als sie im Grunde ist, wohl aber haben wir den Wunsch, die Jungheit des gegenwärtigen Verhältnisses zu fördern. Wenn es Stellen geben sollte, die anders werden oder gar nicht werden, so werden, das es anders werden kann, so soll uns das nicht hindern, möglichst alles zu vermeiden, was das Verhältnis daran tun könnte. Wir leben daher davon ab, auf die andere Seite der Zuschrift einzugehen, und machen hiermit unter des Zwangsdruckes einen Punkt.

Das Schriften Walter Rathenaus

Schmerzliche und Verzweiflung werden noch lange die menschliche Betriebsgemeinschaft erhalten und führen, wenn der Rotor des Ehegates lang erlischt, keine arme Menschheit länger zu den Vätern zusammenzuziehen, und die Räder werden um so trüger und trüger wirken, je weniger sie von Lohn, Uppigkeit und besserer Ehe verpackt, be-dragt und befehmt werden.

Planmäßige Maßregelungen

Maßregelung ist die gemeinliche Handlungsweise, die niemals gegen Widerstände geübt wurde, wird doch dadurch nur eine kleinliche, armselige Mache an der Einzelperson kundtut. Durch Protokollführung und Vernichtung einer erlungenen Tätigkeitsmöglichkeit sollen bestimmte Menschen gezwungen werden, gegen ihre eigene, bessere Überzeugung zu handeln. Charakteristische Personen fallen um und werden zum Gefangenenklumpen; charakteristische Menschen nehmen die zugehörige wirtschaftliche Schädigung mit Idealismus auf sich. Der Gemeinregelle genügt daher in der Arbeiterbewegung eine besondere Achtung.

Die Unternehmern benutzen Maßregelungen, um ihren Stand des unumschätzbaren „Herrn-im-Pause“ zu festigen. Zu diesen Taten sind nur rücksichtslose Vertreter des Kapitalismus fähig, darüber ist die Arbeiterbewegung nie im Zweifel gewesen. Neu ist dagegen, daß Arbeiter, soweit sie selbst als Arbeitgeber in Frage kommen, planmäßig Maßregelungen von Personen vornehmen, die eine andere politische Meinung haben.

Maßregelungen, das gemeine, kapitalistische Zwangsmittel im Arbeiterlager angewandt, diesen traurigen Ruhm hat sich in der letzten Zeit die kommunistische Partei erworben. Entgleisungen auf diesem Gebiet sind zweifellos schon in der Arbeiterbewegung vorgekommen, das aber jetzt von dieser Partei betriebene planmäßige Vorgehen verdient allgemeine Beachtung, zumal, wenn keine Änderung geschieht, Gefahren entstehen, die unserer gesamten Bewegung schweren Schaden zufügen könnten.

Als unser Verband klein und schwach war, wurde zum größten Teil die Arbeit für die Organisation ehrenamtlich erledigt, mit dem Erstarken des Verbandes hat sich das geändert. Die Fülle anfallender Arbeit konnte überhaupt nicht bewältigt werden, und so schritten die Kollegen zur Anstellung von Geschäftsführern nach den Bestimmungen des Handelsbuches, die auch in der Regel zum Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle alljährlich in der Generalversammlung gewählt wurden. Nach dem üblichen Gepflogenheiten im Verband war die Stellung als Geschäftsführer der Organisation unabhängig von der Wahl als Bevollmächtigter oder sonstigen Mitglied der Ortsverwaltung. Der Stuttgarter Verbandstag hat dies ausdrücklich durch den Mund des Berichterstatters der Beschlussekommission ausgesprochen. Das Protokoll sagt darüber wörtlich: „Die Beschlussekommission kann nicht billigen, daß man einen Angestellten, der man auf Grund seiner politischen Anschauung nicht wiederwählt, entläßt.“

Nun versuchen die Kommunisten, eine Art Diktatur im Verband einzuführen, die sie scheinbar den Massen abgedrückt haben, die ebenfalls alles maßregeln, ja selbst mit Gefängnis, Zuchthaus und Todesstrafe drohen, was nicht an die Unfehlbarkeit der großen Häupter glaubt. Einige besondere Fälle seien den Kollegen zur Kenntnis gegeben.

In Remscheid, der Hochburg der KPD, wählte man vor einem Jahre einen kommunistischen Bevollmächtigten und sorgte umgehend für seine Anstellung. Der gewählte Kollege, Wöhler, ist sein Name, besaß aber feine Liebe für den Metallarbeiter-Verband und somit Verstand für die Interessen der Kollegen. Wöhler ist wie im „Kleinstadt“ wechselnden Parolen der KPD nicht unbefähigt nachzuplapperte, sondern sich sein eigenes Denken bewahrt und die Statuten und Beschlüsse unseres Verbandes achtete. So agierte er sich die Ungnade der Kommunisten zu und man verlangte von ihm die Erklärung, die rassistisch-kommunistischen Parolen kritisch zu schluden und auf dem Posten als Bevollmächtigter des KPD im Interesse der Kommunistischen Partei zu arbeiten. Wöhler lehnte das Ansuchen ab. Die Besetzung der KPD sollte ein. Eine nachfolgende Generalversammlung setzte ihn als Bevollmächtigten ab und sprach seine Entlassung aus. Ein Vorgehen, das jeder rechtlichen Grundlage entbehrt. Der Vorstand war gezwungen, einzutreten und den Kollegen Wöhler in seiner Angelegenheit zu helfen. Um demnach ihren Willen durchzusetzen, schickten sie einen Sturmschwarm von 30 recht revolutionären Kommunisten mit dem Auftrag von einigen im Hintergrund gebliebenen Dunkelkämmerern, den Kollegen Wöhler mit Gewalt aus dem Verbandsbüro zu entfernen. Kollege Wöhler hat, um dem traurigen Spiel ein Ende zu machen, selbst sein Angestelltenverhältnis gelöst und arbeitet wieder im Betrieb.

Bezeichnend sind die Vorkommnisse in Thüringen. In Erfurt sind Bevollmächtigter und Kassierer Kollegen der Antiferdamer Richtung. Der Kassierer Lieber verließ schon 22 Jahre zur vollen Zufriedenheit der Kollegen und des Verbandes seine Obliegenheiten. Die letzte Generalversammlung wählte einen kommunistischen Ortsverwalter und ernannte für diesen Schritt überhaup nicht geübten, sie erfolgt nur, weil die zwei Kollegen eine andere politische Meinung haben. Als Nachfolger wählte die Kommunisten einen jungen Mann, der erst im Jahre 1921 als 25jähriger den Weg zum Verband fand, also erst 80 Verbandsmarkten gelebt hatte. Gewöhnlich wird verlangt, daß ein Kollege eine mindestens fünfjährige Verbandzugehörigkeit nachweisen muß, wenn er in den Dienst der Organisation zu treten gedenkt. Das Mittel fand keine Lösung. Der Mann war kommunistischer Parteisekretär, sein Sekretariat droht auf Rangel an Mitteln einzugehen und so schaffte man auf diesem Weg eine neue Futtertrappe und warf alle, im Dienst der Arbeiterbewegung ergrauten Kollegen auf die Straße. Um dieses alles zu erreichen, wurden gefällige Veranlassungen herbeigeführt, wählte man Kommunisten in die Ortsverwaltung, die im Bede für die Spindelmüllerei werden, und redete die Kollegen aus den Versammlungen, bis das Häuflein Unratmeister allein blieb.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Weisburg. In der Generalversammlung erzielten die Kommunisten eine scharfe Mehrheit. Der Beschlussebericht des bisherigen Bevollmächtigten wird schweigend entgegengenommen, Kritik an der Tätigkeit fast nicht geübt, da schließlich auch Grund hierzu nicht vorhanden war. Tropallembe erfolgt eine Richtwiederwahl und kurze Zeit danach die Kündigung der beiden Kollegen, die auf dem Boden der Antiferdamer Richtung und praktischer Gewerkschaftsarbeit standen. Als Nachfolger wurde gewählt und ernannte zum nächsten Tag im Verbandsbüro, um selbst die Geschäfte zu übernehmen, ein kommunistischer Parteiangestellter. Die neue Unternehmung war gescheitert und in Zukunft glaubte man die kommunistischen Parteigeschäfte im Büro des KPD mit zu erledigen. Darum mußten die Kollegen auf die Straße geschickt werden, die in mühseliger Arbeit die Schäden wieder gutgemacht hatten, die unserer Organisation durch den mitteldeutschen Kommunistenpartei zugefügt waren. Im Zusammenhang war es ihnen gelungen, eine gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiter erneut zu schaffen, nachdem vor zwei Jahren durch die Schuld der Kommunisten alles zerfallen war. Eine Tätigkeit, die allgemeine Anerkennung fand, aber — „Gang weg und lag mit nat“ würde der Schwabe sagen.

Nicht anders in Jena. Die Generalversammlung wählte eine kommunistische Mehrheit auf, Bevollmächtigter und Kassierer gehören der Antiferdamer Richtung an, werden in ihre Funktionen als Ortsverwaltungsmitglieder nicht wieder gewählt und erhalten die Kündigung. Bestimmend darum, daß die Kollegen schon jahrelang ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt haben und ihnen nicht die geringste Verfehlung nachgewiesen werden konnte. Die Besinnung paßt den Schwadronenreuten nicht, darum raus auf die Straße.

Suhl hat einen Kommunisten als Bevollmächtigten, zwei weitere Ortsverwaltungsstellen, die den Jauern- und Außenbezirk verwalten, gehören der Antiferdamer Richtung an. Dies mißfiel den kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern, von denen sechs überhaupt noch keine Betätigung erfahren hatten. Nach einem Antrag der Metallarbeiter-Aktion der KPD wird durch die Ortsverwaltung den beiden Kollegen der Antiferdamer Richtung das Stellenverhältnis gekündigt mit der Begründung: „Nach Offenbarung ihrer Charaktereigenschaften haben die beiden Angestellten das Vertrauen der Mitglieder von Suhl verloren.“ Die Kündigungsart der Charaktereigenschaften“ besaß darin, daß die zwei Kollegen es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, so kritisch die Anordnungen und Verfügungen der kommunistischen Partei auszuführen. Sie suchten sich dem Statut und Verbandsbestimmungen unserer Verbandes verpflichtet. In der Ortsverwaltung waren sie aus der KPD aus. Nicht uninteressant ist es zu wissen, daß ein dritter angestellter Kollege von Suhl in der Ortsverwaltung mit tätig war, hinterher aber sich unter das launliche Joch der Partei

bogte, somit sehr Höflichen rettete, während die für ihre innere Überzeugung Eintretenden gemahregelt wurden. Es ist unsicher, zu sagen, wo Charakterstärke zu finden ist.

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes diesem gewissenlosen, verbandschädigenden Treiben nicht weiterhin tatenlos zusehen darf. Wo verbandsbeschlüsse und Statuten — wie in den vorliegenden Fällen — bewußt gebrochen werden, besteht die Pflicht, für ordnungsmäßige Einhaltung der Bestimmungen zu sorgen. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder darf nicht angefochten werden, darf aber auch nicht mißbraucht werden zu verbandschädigenden Handlungen. Die aufgezeigten Maßregelungen sind schädigend für den Verband, ganz zu schweigen von der moralischen Wirkung, die sie auf die gesamte Arbeiterbewegung haben.

Die eingerissenen Zustände wären aber undenkbar, wenn alle die Kollegen, die es ausrichtig und ehlich mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meinen und auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen, sich aktiv im Verband betätigen. Sie dürfen sich nicht mehr durch kommunistische Dauerredner schrecken und den Versammlungsbesuch verweigern lassen, sie müssen in allen Tagen aushalten, dann wird wieder die Vernunft siegen. Wenn die Kollegen selbst denken, werden sie auch selbst zu handeln wissen, niemals aber, wenn sie zum gedankenlosen Nachbeter vorgeleiteter Phrasen werden.

Der Arbeitszwang in Bulgarien

Eine besondere Unterfertigung über die praktische Durchführung des Arbeitszwangs in Bulgarien ist vom Internationalen Arbeitssamt angefertigt worden. Der Bericht der Kommission wurde kürzlich veröffentlicht. Die Mitteilungen über die Anwendung des Gesetzes auf die Frauen sind von besonderem Interesse.

Dieses Gesetz wurde zuerst im Monat Juni 1920 angenommen und war ein Versuch der bulgarischen Regierung, die gesamte Jugend des Landes, sowohl Männer wie Frauen, in den Dienst des Staates zu stellen, um die durch den Krieg erlittenen Verluste wieder wettzumachen und die Naturkräfte des Landes zu erschließen. Dieser Versuch erregte sofort das Mißtrauen der Entente. Sie erklärten in dem Gesetz eine mögliche militärische Gefahr oder eine Anlehnung an den Volksweltismus und erklärten den Vertrag von Neuilly durch das Gesetz für beträchtlich. Bulgarien sah sich mittun genötigt, das Gesetz entsprechend den Wünschen der Entente umzuarbeiten, und ein revidiertes Gesetz trat im Monat November 1921 in Kraft.

Das Bulgarien aufgezwungene Problem bestand in der nutzbringenden Verwendung der Jugend, die bisher zum Waffenbau in der Armeeretzung wurde, die gemäß dem Vertrag von Neuilly aufgelöst werden mußte. Das Land hat einen überwiegen landwirtschaftlichen Charakter und mehr als die Hälfte des Landes ist öffentliche Eigentum. Die Verteilung ist spärlich, Wege und Eisenbahnen sind selten und in schlechtem Zustand, die Wirtschaftung unzulänglich, der Außenhandel besteht so gut wie gar nicht. Außerdem ist die Bevölkerung an Arbeitszwang zur Erhaltung der Straßen ihrer eigenen Gemeinden gewöhnt. Die Umwandlung der allgemeinen Wehrpflicht in den allgemeinen Arbeitszwang zum Nutzen der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Staates war daher keine beirrende Neuerung. Aber so wichtig der wirtschaftliche Zweck war, so war doch auch die Überzeugung bestimmend, daß eine Nation, wenn sie ihre ganze Jugend zur Arbeit im Interesse des öffentlichen Wohls einbezieht, volkswirtschaftliche Gewinn im besten Sinne fördert und daß deshalb vom erzieherischen Standpunkt aus die pflichtmäßige Teilnahme von Männern und Frauen ohne Unterschied des Standes an Arbeiten von nationaler Bedeutung eine ausgezeichnete praktische staatsbürgerliche Schulung wäre. Das Gesetz gibt ebenso für Männer wie für Frauen, doch sind die Vorschriften für jede Gruppe verschieden. Die für Frauen maßgebenden Bestimmungen wurden im Monat März 1922 festgelegt und die erste Gruppe Frauen wurde während der Monate Mai bis Juli zum Dienst eingezogen. Die Hauptbestimmungen sind folgende:

Alle unverheirateten Frauen im Alter von 16 bis 30 Jahren sind dienstpflichtig. Die Dienstpflicht dauert vier Monate. Der Dienst soll in dem Bezirk, wo sie wohnen, oder in der Gemeinde, wo ihre Eltern wohnen, erfolgen.

Die Ziele der Arbeitspflicht sind: Unabhängig von der sozialen Stellung oder dem Einkommen Eingabe an das Gemeinwohl und Liebe zu körperlicher Arbeit herauszubilden. Ausbildung in guten Arbeitsethiken in nationalen Unternehmungen aller Art. Organisierung und Ausnutzung aller schaffenden Kräfte des Landes im Dienst der Gemeinschaft, um die Produktion zu erhöhen und Arbeiten von nationaler Bedeutung auszuführen.

Die Arbeitsdienstzeit wird mit Arbeit verschiedener Art ausgefüllt sein: Kochen, Waschen, Hausarbeit, Unterricht in öffentlicher und privater Gesundheitspflege, Krankenpflege usw. Handarbeiten, wie Stricken, Schneidern usw. Maschinenschreiben, Buchhaltung, Post- und Telegraphendienst, Garten- und Obstbau, Herstellung von Lebensmitteln, z. B. Beispiel Einkochen von Marmelade, Seidenwurmzucht, Anpflanzung von Weinreben und Aufforstung.

Es kommen nur solche Arbeiten in Frage, die es den Mädchen ermöglichen, zu Hause zu essen und zu schlafen. Die Arbeit wird in jeder Gemeinde durch ein gesetzlich vorgeschriebenes Komitee geregelt, in dem der Lehrer, die Lehrerin und andere Personen beratende Stimme ohne Stimmrecht haben. Eine sorgfältige Aufstellung der für die Frauen sich eignenden Arbeiten hat jedes Jahr in jeder Gemeinde und jedem Bezirk zu erfolgen. Die Listen der Eingezogenen werden vom Magistrat aufgestellt, und zwar erfolgt deren Aufstellung alphabetisch nach Altersgruppen und in der Weise, daß man mit den Frauen, die das 29. Lebensjahr überschritten haben, beginnt und mit denen endet, die vor dem 1. Januar des nächsten Jahres 16 Jahre alt werden. Die Listen werden zur Einsicht aufgelegt. Alle Mädchen, die den Wehrerbringen können, daß sie in staatlich anerkannten Hochschulen, höheren Schulen und Gewerkschulen ihren Studien obliegen, können ihre vorläufige Dienstbefreiung nachsuchen, und zwar bis zum 24. Lebensjahre, im Falle sie höhere Schulen und Gewerkschulen besuchen, und bis zum 28. Lebensjahre, wenn sie Universitätsstudien nachgehen. Veantinnen, die mindestens sechs Monate im Staatsdienst tätig sind, und Lehrerinnen sowie Frauen, die für den Unterhalt einer Familie zu sorgen haben, sind vom Dienst befreit. Vier Beihilfen der zum Dienst eingezogenen Frauen können sich jedes Jahr loskaufen. Die Loskaufsumme beträgt 3000 bis 15000 Bula. Geld- und Gefängnisstrafen stehen auf Umgehung des Gesetzes.

Man war sich darüber klar, daß die Arbeitspflicht für Frauen auf breiter Grundlage nicht mit einem Schläge organisiert werden könne. Zunächst wurden nur Mädchen der Mittelklasse in Sofia einberufen. Nur ungefähr 20 Verstöße waren zu verzeichnen. Die Liste der dienstpflichtigen Mädchen zählte 3000 Nummern, und schließlich wurden nur 200 Mädchen eingesetzt. Dies wurden ohne Ausnahme Regierungsbeamten überweisen, wo sie als vorübergehende Angestellte gemäß ihren Fähigkeiten und Kenntnissen der fremden Sprachen usw. Verwendung fanden. Man zog Mädchen aus der Mittelklasse heran, weil man gerade Angehörige einer Klasse erschaffen wollte, die nicht gewöhnt ist zu arbeiten und wollte durch ihre Arbeit im Interesse des Gemeinwohls erreichen, daß sie sich als ein Teil der Nation fühlen sollten.

Zum Zweck, die Jugend des Landes mit dem Gedanken der Arbeitspflicht vertraut zu machen, hat man in den Anbern- und Mädchenschulen eine Arbeitswoche im Jahr eingeführt. Im Laufe dieser Woche werden von den Schülern verschiedene Arbeiten ausgeführt, wie zum Beispiel Keilen und Keuaufrichtung des Schulgebäudes oder irgendwelche Garten- oder Fortarbeiten. Es wurde in einer Anbernschule der Spielplatz verbessert und in einer Mädchenschule wurde im ganzen Schulgebäude Ordnungsmachen vorgenommen.

Arbeitslosigkeit in der nordwestlichen Metallindustrie

Am Ende des vorigen Jahres waren 2130 Mitglieder des nordwestlichen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes im ganzen 31 159 Tage arbeitslos. Der Verband hatte nach dem Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes von 1922 14 512 Mitglieder. Am Ende des vorigen Jahres wird diese Zahl wohl noch etwas zurückgegangen sein.

Der Streit auf den Saargruben

Seit einem Monat stehen die Bergarbeiter des Saargebietes, ungefähr 70000 Mann, im Kampf um eine bessere Entlohnung und menschenwürdige Behandlung. Die französische Grubenverwaltung hat sich, wie die Rheinische Zeitung berichtet, bis heute noch nicht bereit erklärt, den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Frankreich muß diese Startspflichtigkeit mit einem Forderungsfall von rund einer Million Tonnen bezahlen. Obwohl die Saarregierung unmittelbar nach Ausbruch des Kampfes den Grubenverwaltungen ein großes Militär aufgabot zur Verfügung stellte, das keine Gelegenheit zur Provokation der Saarbevölkerung und des Streikenden vorübergehen läßt, steht die Bergarbeiterbewegung geschlossen wie am ersten Tage da. Mit Ausnahme einiger kommunistischer Quertreiber halten die am Kampf beteiligten Mitglieder des alten und des christlichen Bergarbeiterverbandes sowie der beiden Metallarbeiterverbände eine musterzügliche Disziplin.

Die Ursachen des Streiks sind in der Kürzung der Löhne um rund 7 Franken und in der unwürdigen Behandlung der Bergarbeiter zu suchen. Die Gehaltseinstellungen werden so vorgenommen, daß die es ablehnen, sich die Günst der französischen Vorgesetzten zu erwerben, nicht einmal den garantierten Mindestlohn verdienen. Dazu kommen Überwachungen und Leibeshinrichtungen, die in der entehrendsten Weise von bewaffneten Kontrolloren vorgenommen werden. Im Deputatwahl erhalten die Bergarbeiter das schlechteste Produkt, während die französischen Beamten und Hilfsleute mit der besten Kohle beliefert werden. Den Streikern wird für eine bestimmte Tonnenzahl eine Prämie versprochen, was zur Folge hat, daß diese Streikenden die Bergarbeiter wie wild zur Arbeit zwingen. Wird das geforderte Soll nicht erreicht, dann gibt es ohne Rücksicht auf die etwa vorhandenen technischen Schwierigkeiten hohe Strafen. Was einem Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter, wie es das Vertriebsgesetz vorsieht, ist natürlich keine Rede. Anfang Januar zeigten die Organisationen ihre Forderungen auf Erhöhung der Löhne um sieben Franken und Beseitigung der vorstehend geschilderten Mißstände ein. Es wurde nach langen Verhandlungen eine Zulage von drei Franken bewilligt, die von den Bergarbeitern am 4. Februar abgelehnt worden ist. Diese Ablehnung war gleichbedeutend mit dem Streik. Die Grubenverwaltung beantwortete diesen Schritt mit der Einstellung der Kraft- und Lichtlieferungen an die Bevölkerung. Wer auch diese Schikane blieb ohne jeden Erfolg. Die infolge des Kohlemangels arbeitslos gewordenen Industriearbeiter zeigten volles Verständnis für den Kampf der Bergarbeiter. Wenn, wie bisher, alle Provokationen des widerrechtlich nach dem Saargebiet entsandten Militärs nicht zu den von der Saarregierung und der Grubenverwaltung gemünzten blühigen Unruhen führen, die den fremden Gewalthabern Anlaß geben sollen, den Streit mit brutaler Gewalt blutig niederzuschlagen, dann wird dieser Kampf der Saarbergarbeiter zu einer neuen Niederlage Frankreichs führen.

Es wird gemeldet, daß beim Internationalen Arbeitssamt in Genf ein Besuch um Vermittlung gemacht worden sei.

Gompers zum Aufruf der deutschen Gewerkschaften

Aber die Stellungnahme des Vorsitzenden des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Gompers, zum Aufruf der deutschen Gewerkschaften an die gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten ist in deutschen Blättern sehr ungünstig berichtet worden. In New York und Frommen der Arbeiterkassette sei darum mitgeteilt, wie sich Gompers zu dem deutschen Aufruf stellt. Nach dem Blatt des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes lautet Gompers' Erklärung an die amerikanische Presse folgendermaßen:

Der Appell der deutschen organisierten Arbeiterschaft wegen der Besetzung des Ruhrgebietes an den amerikanischen Kongreß verdient ernste und sympathische Erwägung von der Regierung der Vereinigten Staaten. Die Zeit, in der die Arbeiter zu Zwangsarbeit verpflichtet werden konnten, ist vorbei. Die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei setzte schon vor 75 Jahren ein.

Das Herz des französischen Volkes ist erfüllt von Ekel und Straßendebüt dagegen, dem deutschen Volk oder einem Teil des deutschen Volkes Zwangsarbeit aufzuerlegen. Das deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß es nicht vollständig einer Bezahlung in verhältnismäßigen Grenzen für die Zerstörungen und Verwüstungen entgegenkommen kann, die der Kaiser in seinem Namen so rücksichtslos durchzuführen ließ.

Obwohl der Senat der Vereinigten Staaten abgelehnt hat, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, und obwohl deshalb die Vereinigten Staaten nicht gebunden sind durch seine Bestimmungen, so können wir uns doch der moralischen Verantwortung nicht entziehen, die sich aus der Anerkennung der Tatsache ergibt, daß eben dieser Vertrag den Krieg beendete und daß der Waffenstillstand nur dem militärischen Konflikt ein Ende machte. An der Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen waren die Vereinigten Staaten beteiligt.

Ich wiederhole und betone die Erklärung, die ich kürzlich über die Ruhrbesetzung abgab: Wenn unser Land den Vertrag ratifiziert hätte oder wenn wir und Großbritannien Frankreich den Schutz verbürgt hätten, dessen es bedarf, nämlich gegen künftige Angriffe von Deutschland, so wäre es niemals zur Besetzung des Ruhrgebietes gekommen. Meiner Ansicht nach sollte die amerikanische Regierung als Vermittler auftreten. Wir haben keine selbstständigen Absichten, weder auf Deutschland noch auf Frankreich noch auf irgend ein Land, und das Anerkennen, die Vermittlung zu übernehmen, sollte nach meiner Meinung Deutschland und Frankreich auf dem Glauben gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, ob beide Nationen oder eine von ihnen darüber erstent sein werden oder nicht.

Warnung vor Zuzug nach Frankreich

Da zurzeit in den skandinavischen Ländern große Arbeitslosigkeit herrscht, lag es manchmal den dortigen Kollegen nahe, einmal sein Glück im „siegenden“ Frankreich zu versuchen. Wie es einem solchen ergehen kann, geht aus dem Briefe eines in seinem Besuche gesicherten schwedischen Kesselschmiedes aus Rouen hervor, den Metallarbeiter aus seiner Nr. 9 veröffentlicht. Der Kollege schreibt:

Da ich von mehreren Verbandskollegen aufgefordert worden bin, Auskunft über die Verhältnisse hier in Frankreich zu geben, werde ich etwas über mein Schicksal berichten. ... Seit dem 12. Januar habe ich mich auf den Weg der größten Firmen aufgemacht, die mit Wiederaufbauarbeiten beschäftigt sind, und war in Paris, Arras, Amiens, Albert, Lille, Gave und Rouen, ohne Arbeit zu erhalten. Ferner habe ich diese Städte gründlich durchstreift und mit Hilfe von Karten und Adressenverzeichnissen wohl ungefähr hundert weitere Betriebe besucht. Wenn man nicht englisch oder französisch kann, so sind auch nicht die geringsten Aussichten vorhanden, Arbeit zu bekommen. Wenn man deutsch sprechen kann, so tut man am besten, dies gar nicht zu erwähnen. Soviel über die Werkstattdarbeit. In betref der anderen Arbeit in den zerstörten Gebieten sind die Möglichkeiten vielfach größer, aber auch die Ansprüche ans Leben müssen bedeutend gemindert werden. Italiener und Römer sind gewiß nicht angenehm, sei es als Arbeits-, sei es als Logis kameraden. ... Das Konjunktural in Rouen hat einer Anzahl Personen Arbeit am Hafen verschafft; nach einigen Tagen haben sie die Arbeit jedoch wieder auf wegen der Unbilligkeit der französischen Arbeiter gegen ausländische Arbeitskräfte. Ich selber habe oft die Antwort erhalten: Der Betrieb stellt keine Fremden ein. ...

Unser schwedisches Bruderblatt fügt noch hinzu, daß der Kollege von den französischen Unternehmern, bei denen er gearbeitet hat, ausgezeichnete Zeugnisse erhalten habe.

Aus dem Briefe des Kollegen geht nicht hervor, ob die Abneigung der französischen Arbeiter gegen Ausländer auf der allgemeinen Weltfeindschaft der französischen Arbeiterschaft beruht oder ob es nur durch zeitliche Arbeitsstörungen infolge der famolen französischen Wirtschaft verursacht ist. Wenn die deutsche Wirtschaft so ganze wie die deutschen Arbeiter sie wünschen und anbieten, so sollten ausländische Arbeitskräfte in Deutschland herzlich willkommen sein.

